



Insgesamt 300 Euro und eine kostenlose, einjährige Mitgliedschaft im Verein EU-Kanton Rhein-Main erhielten die drei Sieger Korbinian Böhmer (Zweiter von links), Sophia Pieronczyk (Dritte von links) und Neele Sarah Rother (Vierte von links).  
Foto: Zeh

# Europa aus Sicht der Schüler

EU-Kanton Rhein-Main prämiert die drei besten Beiträge des Redewettbewerbs 2016

Hanau (zeh). Finanzkrisen, der mögliche Austritt Großbritanniens sowie der Flüchtlingsstrom entzweiten die Europäische Union. Es könnte die Vermutung entstehen, dass nur wirtschaftliche Interessen die Gemeinschaft der Staaten zusammenhalten. 72 Oberstufenschüler haben angesichts dieser Problematik am Redewettbewerb „Meine Rede für Europa 2016“ teilgenommen. Unter dem Motto „Für welche Werte steht Europa?“ hinterfragten sie dabei aktuelle Entscheidungen der Staatenunion.

Beteiligen konnten sich Schüler aus sämtlichen Schulen in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis. Die Sieger, Sophia Pieronczyk, Korbinian Böhmer und Neele Sarah Rother, kamen jedoch alle von der Hohen Landesschule (HOLA). Bei der Verleihungszeremonie erhielten die Schüler dabei nicht nur einen Preis, sondern auch die Möglichkeit, ihre Rede auf einem Podium vorzutragen. Pieronczyk und Böhmer empfanden diese Situation als Herausforderung. Das Schreiben falle grundsätzlich leichter: „Wenn man dann aber vor den Leuten steht und sprechen soll, ist das schon etwas anderes“, so Pieronczyk. Auch Rother war vor ihrem Vortrag nervös, allerdings kam ihr die Bühnenerfahrung eines ihrer Hobbys – des Theaterspiels – zugute. „Ich habe gelernt, dass die Nervosität eigentlich gar nicht notwendig ist“, resümierte sie die Vortragserfahrung. Auch die Herangehensweise an die

Thematik unterschied sich stark voneinander. Die Erstplatzierte Pieronczyk eröffnete ihre Rede mit einem historischen Exkurs. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951 sei ein wichtiger Grundstein für die EU, vor allem aufgrund der Tatsache, dass die daraus entstandene, sogenannte „Montanunion“ vorherige Kriegsfeinde zu Verbündeten machte.

Die daraus hervorgegangene Europäische Union habe dabei vor allem auf ein gemeinsames Wertesystem gesetzt. Gerade die große Solidarität, die nach den Terroranschlägen in Paris und Brüssel aufkam, sei ein Zeichen der wirtschaftsunabhängigen Solidarität und Gemeinschaft. Dies gelte es sich zu bewahren. „Die EU darf nicht nur eine Zweckgemeinschaft sein“, sagte die Schülerin. Nur ein gemeinsames Europa, das sich gleichermaßen mit den eigenen Werten, aber auch den daraus resultierenden Zielen identifiziere, sei in der Lage, aktuelle Probleme zu lösen.

Der zweitplatzierte Böhmer näherte sich dem Thema aus einer persönlicheren Sicht. Als EU-Bürger sei er im Rhein-Main-Gebiet sehr privilegiert aufgewachsen und habe sich zunächst keine Gedanken um andere machen müssen. Situationen wie die Flüchtlingskrise zeigten ihm jedoch auf, wie groß die Probleme in der Welt seien, und machten es notwendig, sich mit politischen Positionen auseinanderzusetzen. Böhmer bemängelte vor allem, dass EU-Staaten nach innen zwar friedlich seien,

sich in der Außenpolitik jedoch trotzdem an Kriegen beteiligten. Dies sei aus seiner Sicht nicht vereinbar mit dem Begriff der Humanität, den man in Europa pflege. Menschlichkeit dürfe nicht an den europäischen Grenzen enden. Daher solle man sich aus seiner Sicht nicht über Maximalzahlen von Flüchtlingen unterhalten, sondern eher über das Minimum, das es aufzunehmen gelte, um dem eigenen humanistischen Anspruch gerecht zu werden, diskutieren.

Die drittplatzierte Rother sorgte vor allem aufgrund der satirischen Darstellung ihrer Argumente für einige Lacher. So verglich sie die mit „Frontex Plus“ betitelten Mittelmeereinsätze der EU-Grenzschutzagentur mit Always-Ultra-Binden: „Etwas unbequem, aber zum Abdichten reicht“, schlussfolgerte sie.

Gerade der Umstand, dass die 114 Millionen Euro, die das italienische Vorgängerprojekt „Mare Nostrum“ gekostet hätte, der EU für Rettungsaktionen am Mittelmeer zu teuer seien, empfand sie als Skandal. Immerhin betrügen die Kosten, die anfielen, um das Europaparlament eine Woche pro Monat in Straßburg tagen zu lassen, ebenfalls 114 Millionen Euro. Pazifismus und eine humanitäre Flüchtlingspolitik würden häufig als Naivität belächelt – obwohl es aus Rother's Sicht die Pflicht der EU-Bürger sei, sich für Humanismus, Rationalität und Säkularität einzusetzen. „Gelingt das nicht – wofür steht Europa dann überhaupt?“, so Rother.